

Weimar als Herausforderung

Die Weimarer Republik und die Demokratie
im 21. Jahrhundert

Herausgegeben von
Michael Dreyer und Andreas Braune

WEIMARER SCHRIFTEN
ZUR REPUBLIK

Franz Steiner Verlag

1



Weimar als Herausforderung
Herausgegeben von
Michael Dreyer und Andreas Braune

WEIMARER SCHRIFTEN ZUR REPUBLIK

Herausgegeben von Michael Dreyer und Andreas Braune

Band 1

Weimar als Herausforderung

Die Weimarer Republik und die Demokratie
im 21. Jahrhundert

Herausgegeben von
Michael Dreyer und Andreas Braune



Franz Steiner Verlag

Gedruckt aus Mitteln des Strategie- und Innovationsbudgets des Thüringer
Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft

Umschlagabbildung: Theaterplatz in Weimar nach der Vereidigung
des Reichspräsidenten Friedrich Ebert am 21. August 1919
Fotografie: Oskar Schlechtweg, Weimar (Stadtmuseum Weimar)
Die Flagge am Deutschen Nationaltheater wurde nachträglich farbig hervorgehoben.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist unzulässig und strafbar.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016

Druck: Hubert & Co., Göttingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

Printed in Germany

ISBN 978-3-515-11591-9 (Print)

ISBN 978-3-515-11592-6 (E-Book)

INHALT

Vorwort.....IX

Michael Dreyer / Andreas Braune

Weimar als Herausforderung. Zum Umgang mit einer schwierigen Republik ... XII

„O WEIMAR! DIR FIEL EIN BESONDER LOS...“

Heiko Maas

Die Weimarer Nationalversammlung als demokratischer Erinnerungsort 3

REVOLUTION UND REPUBLIK, DEUTSCHLAND UND EUROPA

Alexander Gallus

Auf dem Weg zur Reaktualisierung durch Historisierung.

Die vergessene Revolution von 1918/19 revisited 9

Andreas Braune

Die Gründung der Weimarer Republik

und vergleichende Konstitutionalisierungsforschung 23

Marcus Llanque

Politische Verbindlichkeit als Kernproblem der Weimarer Demokratiedebatte ... 39

Tim B. Müller

Die Weimarer Republik und die europäische Demokratie 57

STRUKTUREN, INSTITUTIONEN, POLITISCHE KULTUR

Ursula Büttner

Weimar – Überforderte Republik und überforderte Bürger 81

Detlef Lehnert

„Weimars“ Chancen und Möglichkeiten,

Strukturen und Normen – Eine Problemskizze..... 103

| | |
|---|-----|
| <i>Christoph Gusy</i> Die Weimarer Verfassung und das Grundgesetz..... | 123 |
|---|-----|

| | |
|--|-----|
| <i>Franz Josef Düwell</i> Weimar und die Organisation der Arbeit..... | 135 |
|--|-----|

WEIMARER BIOGRAFIEN FÜR DAS 21. JAHRHUNDERT

| | |
|--|-----|
| <i>Walter Mühlhausen</i> Friedrich Ebert in der politischen Erinnerung und in der historischen Forschung | 159 |
|--|-----|

| | |
|---|-----|
| <i>Torsten Oppelland</i> Matthias Erzberger – Der vergessene Märtyrer..... | 175 |
|---|-----|

| | |
|---|-----|
| <i>Martin Sabrow</i> Walther Rathenau – Ein Repräsentant der Republik? | 189 |
|---|-----|

DIE WEIMARER REPUBLIK IN MUSEALER REPRÄSENTATION, BÜRGERWISSENSCHAFT UND POLITISCHER BILDUNG

| | |
|---|-----|
| <i>Arnulf Scriba</i> Das museale Weimar in der Hauptstadt..... | 205 |
|---|-----|

| | |
|--|-----|
| <i>Alf Rößner</i> „Weimar“ in Weimar – Die Mühen der Ebene..... | 211 |
|--|-----|

| | |
|---|-----|
| <i>Thomas Schleper</i> Es „weimart“ schon sehr. Hinweise auf ein Verbundprojekt im Westen anlässlich der Jubiläen von „Bauhaus“ und „Weimarer Republik“ | 229 |
|---|-----|

| | |
|--|-----|
| <i>Stephan Zänker</i> Die Weimarer Republik: Deutschlands erste Demokratie – Eine multimediale Wanderausstellung | 259 |
|--|-----|

| | |
|---|-----|
| <i>Christian Faludi</i> Weimarer Republik & Bürgerwissenschaft 2019: Chancen eines Projekts..... | 269 |
|---|-----|

| | |
|--|-----|
| <i>Moritz Kilger</i> Weimar und die Demokratie für junge Bürger | 277 |
|--|-----|

VON WEIMAR ÜBER BONN NACH BERLIN

Michael Dreyer

Weimar und die Bundesrepublik Deutschland295

Autorenverzeichnis309

VORWORT

Mit diesem Band werden Beiträge veröffentlicht, die überwiegend im November 2015 auf einer Tagung in der Landesvertretung des Freistaates Thüringen in Berlin diskutiert wurden. Fachleute aus verschiedenen Fächern, aus Universitäten und der musealen und pädagogischen Praxis kamen zusammen, um sich der Herausforderung Weimar zu stellen. Gleichzeitig ist dieser Band aber nicht nur die Dokumentation der damaligen grenzüberschreitenden Diskurse, sondern zugleich die Einleitung für eine eigene Herausforderung, nämlich eine neue Schriftenreihe: die „Weimarer Schriften zur Republik“. Der Titel ist bewusst gewählt. Auch wenn die Weimarer Republik im Zentrum des Forschungsanliegens liegt, sollen es nicht einfach nur Schriften zur Weimarer Republik sein – die Existenz von Demokratie und Republik und ihre Ansprüche, Chancen und Bedrohungen sind von viel grundsätzlicherer Bedeutung als eine rein historische Sichtweise sie abbilden könnte. Weimar zeigt auch die Gefährdung der Demokratie, und wer glaubt, dass solche Gefährdungen heute nicht mehr vorkommen können, beschwört sie gerade dadurch herauf. Die Herausgeber dieses Bandes und der Reihe sind davon überzeugt, dass gerade die Beschäftigung mit der ersten deutschen Demokratie auch für die zweite Demokratie entscheidende Erkenntnisgewinne bieten kann. In diesem Geist ist die Berliner Tagung organisiert worden, und in diesem Geist gehen wir auch die Schriftenreihe an. Für die Aufnahme der Schriftenreihe in das Programm eines renommierten Verlages und die vorbildliche Zusammenarbeit danken wir dem Franz Steiner Verlag und seinem Leiter, Thomas Schaber.

Wir möchten hier eine Reihe begründen, die sich an all jene richtet, die sich in diesem Sinne mit der Geschichte, Politik und Kultur der Weimarer Republik auseinandersetzen. Sie richtet sich an Geschichts-, Politik- und Rechtswissenschaftler und an Vertreterinnen und Vertreter angrenzender Disziplinen, die einen Beitrag zur Erforschung der Weimarer Republik, aber auch ihrer Voraussetzungen und Vorgänger sowie ihrer Folgen und Nachwirkungen, ihrer europäischen und ihrer internationalen Einbettung leisten. Im Zentrum stehen dabei jene Chancen und Gefährdungen, die Republik und Demokratie im 20. und 21. Jahrhundert ausgesetzt waren und sind. Neben den Publikationen der Forschungsstelle Weimarer Republik und ihrer Initiativen ist die Reihe offen für Sammelbände Dritter sowie die Publikation entsprechender Qualifikationsschriften. Ein wissenschaftlicher Beirat und ein Reviewprozess werden die Qualität der Reihe sicherstellen.

Zurück zu diesem Band: Zwischen der ersten Idee zu einer Tagung und der Sicherung ihrer Ergebnisse zwischen Buchdeckeln liegen viele arbeitsreiche Stunden, aber auch die Mithilfe vieler Menschen, die weit über die Herausgeberschaft hinausgeht. Wir danken allen diesen Kolleginnen und Kollegen, beginnend mit denen, die ihre Forschungsergebnisse mit uns in Berlin geteilt und mit großer zeitlicher Disziplin verschriftlicht haben. Unser Gastgeber in Berlin war, wie gesagt, die Thüringische Landesvertretung, in der wir hervorragende Aufnahme fanden. Be-

sonderer Dank für die Tage in Berlin gilt dem Bevollmächtigten des Freistaats Thüringen beim Bund, Malte Krückels, sowie dem Dienststellenleiter der Landesvertretung, Raimund Grafe.

Organisiert wurde die Tagung vom Verein Weimarer Republik und von den Kollegen aus der Jenaer Politikwissenschaft. Stephan Zänker, Michael Schultheiß und Markus Hünninger (Verein Weimarer Republik) sowie Matthias Enders, Sebastian Elsbach, Ronny Noak und Marion Wondrak (alle Jena) sei für ihre Begleitung der Tagung gedankt. Das Engagement des Vereins wiederum wäre ohne die großzügige Finanzierung des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz nicht möglich gewesen. Dem Hausherrn des Ministeriums, Heiko Maas, sei hierfür gedankt. Wie sehr dem Bundesminister die Thematik am Herzen liegt, zeigt auch der bemerkenswerte Beitrag, den er in diesem Band veröffentlicht hat und der auf eine Rede im Deutschen Nationaltheater Weimar im Jahr 2014 zurückgeht. Für die Vermittlung dieser Verbindung muss Carsten Schneider, MdB, dem Gründungsvorsitzenden des Vereins, aufrichtiger Dank ausgesprochen werden. Es ist nicht oft, dass Politiker sich ohne eigene Interessen wichtigen wissenschaftlichen Themen verbunden fühlen, und um so anerkennenswerter ist es, wenn es geschieht.

Die Nachbereitung der Tagung und die Herausgabe dieses Bandes ist in der neu begründeten Forschungsstelle zur Weimarer Republik durchgeführt worden, die mit Mitteln des Freistaates Thüringen am Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena eingerichtet worden ist. Die Herausgeber danken dem Präsidenten der Universität, Walter Rosenthal, für die Bereitschaft, eine solche Forschungsstelle einzurichten. Und vor allem natürlich auch dem Freistaat Thüringen, dessen Wirtschafts- und Wissenschaftsminister Wolfgang Tiefensee diese Arbeit ermöglicht hat. In Jena war neben den Herausgebern vor allem Paul Helm an der redaktionellen Bearbeitung der Beiträge beteiligt, wie auch schon zuvor an der Vorbereitung der Tagung.

Neben Bund und Land muss der Stadt Weimar gedacht werden, die in der Person von Oberbürgermeister Stefan Wolf und Kulturstadtdirektorin Julia Mieke (die selbst an der Tagung in Berlin teilnahm) lebhaften Anteil an den Aktivitäten von Verein und Forschungsstelle genommen haben und weiterhin nehmen. Weimar als Herausforderung lässt sich durchaus auch auf die Stadt beziehen, und es ist der tatkräftigen Hilfe der Stadtspitze zu verdanken, dass die Weimarer Republik in ihrer Geburtsstadt inzwischen wieder deutlich zu vernehmen ist. Das ist auch Alf Rößner, dem Direktor des dortigen Stadtmuseums und stellvertretenden Vorsitzenden des Weimarer Republik e.V. zu verdanken, der in seinem Haus mit bescheidenen Mitteln und umso mehr Engagement eine ausgezeichnete Sonderausstellung zur Nationalversammlung konzipiert hat und betreibt.

Allen Beteiligten danken die Herausgeber von Herzen. Mit diesem Band wird nicht nur eine Konferenz abgeschlossen, sondern vor allem eine Reihe von Aktivitäten eröffnet, die hoffentlich nachhaltige wissenschaftliche Erkenntnisse erbringen wird und die das Bewusstsein für die Herausforderung Weimar in die Öffentlichkeit tragen kann.

WEIMAR ALS HERAUSFORDERUNG

Zum Umgang mit einer schwierigen Republik

Michael Dreyer / Andreas Braune

Der Titel dieses Bandes wie auch der Konferenz, auf der er beruht, lautet „Weimar als Herausforderung“ – und er ist erklärungsbedürftig. Wie kann ein politisches System, das vor knapp 100 Jahren konstruiert wurde und das keine 14 Jahre Bestand hatte, bevor es der dunkelsten Epoche deutscher Geschichte weichen musste, heute noch eine Herausforderung sein? Und doch ist es so, und zwar gleich in mehrfacher Hinsicht.

Für die *Öffentlichkeit* gilt, dass sie die Bedeutung der Weimarer Republik als Erinnerungsort der Demokratie bislang noch kaum zur Kenntnis genommen hat. Vergleicht man etwa die öffentliche Aufmerksamkeit, die durch Medien, Gedenkstätten, Feierlichkeiten und ähnliches der gescheiterten Revolution von 1848/49 zuteil wird mit derjenigen, die der erfolgreichen Revolution und demokratischen Staatsgründung 70 Jahre später gezollt wird, dann ist der Unterschied bemerkenswert. Bezeichnend ist die Liste der deutschen Erinnerungsorte, die Etienne François und Hagen Schulze in drei Bänden zusammengestellt haben.¹ Unter 121 Artikeln gibt es natürlich auch einen Beitrag über Weimar, aber damit ist die Stadt gemeint und nicht die Weimarer Republik. Immerhin wird konstatiert, Weimar sei „ein sperriger Erinnerungsort“². Für die Weimarer Republik selbst gibt es keinen Artikel, wohl aber für Versailles, die Dolchstoß-Legende, Rosa Luxemburg, das Bauhaus, Marlene Dietrich und Walther Rathenau. Sechs Artikel, von denen kein einziger die Errungenschaften der Republik selbst thematisiert. Das ist keine Kritik an den Herausgebern, denn es ist in der Tat so, dass Rosa Luxemburg ein Erinnerungsort im Sinne der historischen Erinnerungsforschung ist, die Weimarer Republik aber nicht. Besonders aufschlussreich ist der Artikel über das Bauhaus, denn hier gibt es zwar Kapitel über das Bauhaus im Nationalsozialismus, in der Bundesrepublik, in der DDR und in den USA – aber keine Kapitelüberschrift, die die Weimarer Republik im eigentlichen Sinne aufgreift, oder aber die Gründe, die zur Umsiedelung von Weimar nach Dessau führten.³

In der *politischen Bildung* sieht es nicht viel anders aus. Besucht man die Internetpräsenz der Bundeszentrale für politische Bildung, findet man zwar erfreulich viele Treffer zur Suche „Weimarer Republik“. Aber der erste Treffer beginnt in der ersten Zeile der Vorschau (von insgesamt gut drei Zeilen) mit dem Hinweis, dass der „Januar 1933 der Hintergrund aller Untersuchungen der Weimarer Zeit bleiben“

1 François/Schulze (Hrsg.) (2001): Deutsche Erinnerungsorte.

2 Bollenbeck (2001): Weimar, S. 224.

3 Baumhoff (2001): Bauhaus, S. 591, S. 593, S. 596 und S. 598.

müsse. Der zweite Treffer spricht auf gut vier Zeilen von der „Phase der radikalen Zuspitzung“ in der „rechte und linke Extreme vereint durch die Ablehnung der Weimarer Republik“ gewesen seien. Und im dritten Treffer wird überhaupt nur „Der Untergang der Weimarer Republik“ thematisiert. Die drei ersten von insgesamt 250 Treffern bei einer Volltextsuche, und alle drei enthalten ausschließlich negative Informationen.⁴

Die *museale Gestaltung* der Thematik muss überhaupt erst einmal physischen Platz schaffen für neue Ausstellungen über die Weimarer Republik. Im Deutschen Historischen Museum gibt es einige Exponate, im Weimarer Stadtmuseum wurden 2009 und seit 2014 beachtliche Sonderausstellungen gezeigt, und die Planungen für das Jubiläumsjahr 2019 sind in vollem Gange.⁵ Aber ein direkt der Weimarer Republik gewidmetes Museum oder auch nur eine Gedenkstätte gibt es bislang noch nicht. Der Verein Weimarer Republik, der diese Tagung veranstaltet hat, wird versuchen, diesen Zustand zu ändern – aber die Bestandaufnahme des Ist-Zustandes muss nüchtern konstatieren, dass es bislang zwar ein Westpreussisches Landesmuseum gibt⁶ (im westfälischen Münster), aber kein Museum zur ersten deutschen Demokratie.

Die *Wissenschaft* hat, außer in den Kulturwissenschaften, der Weimarer Republik bislang gleichfalls kaum die Aufmerksamkeit geschenkt, die ihr gebührt. Im Katalog der Harvard Library, der größten Universitätsbibliothek der Welt, findet man zum Stichwort „Weimar Republic“ 638 Titel. Für das Stichwort „Third Reich“ sind es 1627 Titel. Für „Friedrich Ebert“ gibt es 43 Titel, für „Adolf Hitler“ dagegen 1735.⁷ Das sind natürlich nur anekdotische Befunde, aber sie sind trotzdem aufschlussreich. Der 51. Deutsche Historikertag 2016 in Hamburg hatte, soweit ich sehe, keine einzige Sektion, die ausschließlich oder primär der Weimarer Republik gewidmet gewesen wäre, und die *Historische Zeitschrift* hat in den letzten 15 Bänden (Bd. 288-303) exakt drei Aufsätze zur Politik Weimars veröffentlicht.⁸ Besonders vielversprechend ist der Titel des Aufsatzes von Christoph Thonfeld, „Krisenjahre revisited. Die Weimarer Republik und die Klassische Moderne in der gegenwärtigen Forschung“. Betrachtet man den Text genauer, wird man finden, dass unter 127 Anmerkungen die rechts- und politikwissenschaftliche Forschung fast vollständig ignoriert wird.⁹ Hier ist also durchaus noch Raum für Verbesserungen, und nicht zuletzt diesem Ziel dient ja der hier eingeleitete Band.

4 <http://www.bpb.de/suche/?suchwort=weimarer+republik&suchen=Suchen> (alle Webquellen dieses Beitrags vom 29.9.2016).

5 Vgl. die Beiträge von Arnulf Scriba, Alf Rößner und Thomas Schleper in diesem Band. Zur Ausstellung von 2009 vgl. Ulbricht (2009): Weimar 1919, zu der von 2014 vgl. Rößner (2015): Demokratie aus Weimar.

6 Vgl. <http://westpreussisches-landesmuseum.de/de/>.

7 <http://lms01.harvard.edu/>.

8 Thonfeld (2016): Krisenjahre revisited; Conze (2013): Konflikt um den Verfassungseid; Gerber (2011): Pragmatismus und Kulturkritik.

9 Ausnahmen finden sich nur in den Anmerkungen 62 und 120, soweit ich sehe; Thonfeld (2016): Krisenjahre revisited, S.406 und S.418.

Erstaunlicherweise ist es ausgerechnet die *Politik*, die hier eine Vorreiterrolle einnimmt, jedenfalls im Vergleich zu den anderen gesellschaftlichen Bereichen. Politisch wurde schon 2009 eine wichtige Konferenz vom Bundesjustizministerium wesentlich gefördert¹⁰, und auch jetzt ist die Politik auf allen Ebenen des föderalen Systems im Vorfeld des hundertjährigen Jubiläums der Weimarer Republik in Vorleistung getreten. Die Anliegen des Vereins Weimarer Republik, darunter eine umfangreiche Wanderausstellung, aber auch die hier dokumentierte Konferenz, werden großzügig vom Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz gefördert, und dass neben dem materiellen auch das ideelle Interesse besteht, wird aus dem auf diesen Beitrag folgenden Aufsatz von Bundesjustizminister Maas deutlich.¹¹ Der Freistaat Thüringen, der bereits 1998 eine wichtige Ausstellung gefördert hatte¹², trägt für die nächsten Jahre eine an der Friedrich-Schiller-Universität angesiedelte Forschungsstelle, die von den beiden Herausgebern dieses Bandes geleitet wird. Und die Stadt Weimar plant die Umwandlung des jetzigen Bauhausmuseums, am Theaterplatz direkt gegenüber vom Deutschen Nationaltheater, dem Tagungsort der Nationalversammlung, gelegen, in ein der Weimarer Republik museal, wissenschaftlich und im Bereich der politischen Bildung gewidmetes Haus – wobei der entsprechende Umbau wiederum vom Bund wesentlich finanziert wird. Gemessen an den Aktivitäten in anderen gesellschaftlichen Bereichen ist dies ein ebenso erstaunliches wie erfreuliches Maß an Aktivität.

Dabei hat das Thema der Weimarer Republik inzwischen eine geradezu surreale Aktualität gewonnen, und zwar nicht nur deshalb, weil das Jubiläumsjahr 2019 (und alle weitere Jubiläen bis 2033) direkt vor der Tür stehen. Das Aufkommen des Rechtspopulismus in der europäischen Parteienlandschaft und im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf hat die Wissenschaft, aber auch die Medien einigermassen unvorbereitet getroffen. Und sie machen die kritische Auseinandersetzung mit der Weimarer Republik erst recht zu einem Gebot der Stunde. Denn natürlich zeigt Weimar beides; sowohl die Chancen der Republik wie auch ihre Gefährdungen. Beides ist im Übermaß vorhanden gewesen, und beides scheint auch in den 18 Beiträgen zu diesem Band durch.

Die Ambivalenz wird bereits in der einleitenden Überlegung von *Heiko Maas* deutlich, die hier nicht nur als Rede eines Ministers abgedruckt wird, sondern bewusst auch als ein Beitrag zur inhaltlichen Diskussion um die Weimarer Republik. Die Ideale der Republik, das Bekenntnis zu Republik, Demokratie und Sozialstaat – so Maas – sind eben gerade nicht gescheitert, sondern haben sich letzten Endes, wenn auch mit schmerzvoller Verzögerung, durchgesetzt.

Die vier darauf folgenden Aufsätze befassen sich mit den strukturellen Elementen der neuen Republik im europäischen Kontext. *Alexander Gallus* thematisiert die „vergessene Revolution“ am Anfang der Republik, die niemals den Stellenwert als Erinnerungsort bekam, der der gescheiterten Revolution von 1848 bereitwillig ein-

10 Die Ergebnisse sind nachzulesen in Schultheiß / Lasch (Hrsg.) (2009): Weimarer Verfassung.

11 Zu den Aktivitäten des Vereins siehe <http://www.weimarer-republik.net/>.

12 Mittelsdorf (Hrsg.) (1999): 80 Jahre Weimarer Reichsverfassung.

geräumt wurde. Gallus will durch „konsequente Historisierung zu ihrer Reaktualisierung führen“ und stellt dabei die Kontinuität in den Mittelpunkt der Überlegungen. Hieran schließt sich der Beitrag von *Andreas Braune* an, der von einem „Konstitutionalisierungslaboratorium‘ der europäischen Zwischenkriegszeit“ spricht und der damit die deutschen Erfahrungen in einen europäischen Kontext stellt. Gerade der Vergleich mit den vielen Staatsum- und -neugründungen der Zwischenkriegszeit rücke die Gründung der Weimarer Republik in ein neues Licht. *Marcus Llanque* greift die Grundsätzlichkeit der Weimarer Debatten auf und sieht hier ein „elementares Verbindlichkeitsproblem“, was er an legitimatorischen Grundbegriffen durchführt. Das europäische Moment ist zentral im Aufsatz von *Tim B. Müller*, der die Stärke der real existierenden und normativ-legitimierenden Demokratie auch in den letzten Jahren der Weimarer Republik betont.

Die Transdisziplinarität des Bandes wird besonders deutlich im nächsten Abschnitt, in dem sich Beiträge aus der Geschichts- und Politikwissenschaft zusammen mit zwei rechtswissenschaftlichen Abhandlungen um die „Strukturen, Institutionen, Politische Kultur“ bemühen. *Ursula Büttner* greift ihre Synthese der „überforderten Republik“ auf und stellt ein großes Panorama der gesellschaftlichen und politischen Kräfte dar. Politikwissenschaftliche Strukturen, Handlungsmöglichkeiten und Handlungsalternativen stehen im Mittelpunkt von *Detlef Lehnerts* mit Daten gesättigten Ausführungen, wobei auch Analysedefizite der bisherigen Forschung deutlich werden. Auch Lehnert betont die Chancen, die es auch in den letzten Jahren der Republik gegeben habe. Dem großen Thema der Verfassung widmet sich die Analyse von *Christoph Gusy*, der den lange gebräuchlichen Narrativen vom guten Grundgesetz und der defekten Weimarer Verfassung eine weit differenziertere Sicht entgegenstellt und die Weimarer Republik als experimentelles „Verfassungslaboratorium“ begreift. *Franz Josef Düwell* endlich geht in seinem Beitrag auf die „Organisation der Arbeit“ in Weimar ein; ein lange übersehenes, aber enorm folgenreiches Reformprojekt der Republik mit Verfassungsrang. Düwell resümiert, dass hier „ein Meilenstein für die Demokratie und den sozialen Fortschritt“ vorgelegen habe.

Jedes politische System lebt auch durch seine Repräsentanten und individuellen Akteure, und so beschäftigen sich drei Aufsätze mit Politikern, die die Republik geprägt haben, und die zugleich als ihre Märtyrer zu gelten haben. Das ist auch bei Friedrich Ebert der Fall, der sich in der Arbeit für die Republik aufrieb und der Gegenstand der Überlegungen von *Walter Mühlhausen* ist. Der Autor geht dabei der Frage nach, warum Ebert im kollektiven Gedächtnis bis heute unverändert eine so geringe Rolle spielt. Wenn überhaupt, sei er „als Politiker der Revolutionszeit in Erinnerung“, nicht aber als Reichspräsident. Noch weniger in Erinnerung geblieben ist allerdings Matthias Erzberger, der „nicht (mehr) im lebendigen, kommunikativen Gedächtnis der Nation enthalten“ sei, wie *Torsten Oppelland* in seinen Überlegungen konstatiert. Es fehlte und fehlt die Deutungselite, „in deren Interesse es lag oder die genug Sympathie für ihn hatte, um die Erinnerung wach zu halten“. Der Verfasser artikuliert aber auch Zweifel daran, ob sich Erzberger, gerade mit seinen Einstellungen vor 1917, als Identifikationsfigur eigne. Dritter im Bunde ist Walther Rathenau, der von *Martin Sabrow* betrachtet wird – wobei der Autor zur Vorsicht

mahnt gegenüber einer vermeintlich einfachen Vereinnahmung des intellektuellen Industriellen für Demokratie und Republik. Habe doch sein „gesellschaftspolitisches Zukunftsmodell ... ein ausgesprochen antiliberales Credo“ enthalten. Im Bereich der biographischen Annäherungen lässt sich daher resümieren, dass sich eine einfache ‚Heroisierung‘ auch der aktivsten Republikaner verbietet, und dass nach wie vor eine Herausforderung darin besteht, die Akteure der Republik kritisch zu würdigen.

Die wissenschaftliche Untersuchung der Weimarer Republik garantiert noch lange nicht, dass die dabei gewonnenen Erkenntnisse auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Wissenschaftliche Monographien und Sammelbände gehören nicht unbedingt zur Lieblingslektüre der Nation. Die Vermittlung der Ergebnisse obliegt zu einem guten Teil Museen und der politischen Bildung innerhalb und außerhalb von Schulen. Die sechs Beiträge des letzten zentralen Abschnitts sind der Frage dieser Vermittlung gewidmet. Sie berücksichtigen dabei verschiedene Ebenen und Formen musealer Präsentationen. *Arnulf Scriba* beschäftigt sich mit der im hauptstädtischen Deutschen Historischen Museum geplanten Ausstellung und den besonderen Herausforderungen, diese in das Programm des Flaggschiffs der deutschen Geschichtsmuseen einzufügen. Demgegenüber steht Weimar für die Geburt der Republik, aber eben auch für die lokale Konkurrenz durch andere Großepochen dieser numerisch relativ kleinen Stadt. Von den „Mühen der Ebene“, die damit verbunden sind, spricht der Aufsatz von *Alf Rößner*. Gewissermaßen zwischen diesen beiden Fokussierungen liegt die Museumslandschaft, die *Thomas Schleper* für das Verbundprojekt des Landschaftsverbands Rheinland vorstellt. „Weimar im Westen“ mit dem doppelten Bezug auf die Republik und das Bauhaus blickt in die Zukunft mit dem Anspruch, „[n]eue Aufgaben und neue Formen“ zu präsentieren. Eine neue Form ist sicherlich auch die „multimediale Wanderausstellung“, die der Verein Weimarer Republik 2015 realisiert hat und die *Stephan Zänker* vorstellt – nicht in Konkurrenz zu Ausstellungen wie denen im Weimarer Stadtmuseum, sondern angelegt auf „eine möglichst breite Massenwirksamkeit“, die mit den ungewöhnlichen Standorten in Einkaufszentren, Bahnhöfen und anderswo auch ihre räumliche Besonderheit aufweist.

Den Weg in die Bürgergesellschaft weist auch der Beitrag von *Christian Faludi*, der die Möglichkeiten austariert, das Projekt einer wissenschaftlichen Neuvermessung der Weimarer Republik im Rahmen eines bürgerwissenschaftlichen Ansatzes aus der Universität heraus- und in die Gesellschaft hineinzuführen – und so auch der Forschung selbst neue Perspektiven zu eröffnen. Klassischer politischer Bildung mit neuem Aktualitätsbezug dienen die Ausführungen von *Moritz Kilger*, der die berechtigte Frage aufgreift, „warum Jugendliche sich überhaupt für die Weimarer Republik interessieren sollten“. Zum Glück gibt er auch eine Antwort auf diese Frage und legt dabei den Fokus einmal nicht auf die genuin politische Dimension der Chancen und Gefährdungen, sondern auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, die für den Zusammenhalt einer demokratischen Gesellschaft nicht minder bedeutsam sind.

Der letzte Beitrag des Bandes, aus der Feder von *Michael Dreyer*, zeigt im Bogen zur Bundesrepublik einige Desiderate der Forschung auf, die nicht zufällig bestehen, sondern die das Resultat aus jahrzehntelanger Befassung – oder auch Nicht-Befassung – mit den Chancen der Weimarer Republik in der unzweifelhaft so viel erfolgreicheren Bundesrepublik sind.

So viele Themen hier auch angesprochen wurden, so viele Autoren sich für diesen Band versammelt haben: es kann sich bei dieser Bestandsaufnahme nur um eine erste Anstrengung handeln, um einen Anfang, der fortgeführt werden wird. Und diese Fortführung wird auch über das Jahr 2019 hinausgehen, denn Weimar ist nicht nur im Jubiläum eine Herausforderung, sondern wird es für die vorhersehbare Zukunft bleiben.

LITERATUR

- Baumhoff, Anja: Das Bauhaus. In: François, Etienne / Schulze, Hagen (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte. 2. Bd. München 2001, S. 584-600.
- Bollenbeck, Georg: Weimar. In: François, Etienne / Schulze, Hagen (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte. 1. Bd. München 2001 S. 207-224.
- Conze, Vanessa: Treue schwören. Der Konflikt um den Verfassungseid in der Weimarer Republik. In: Historische Zeitschrift, 297 (2013), S. 354-389.
- François, Etienne / Schulze, Hagen (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte. 3 Bde. München 2001.
- Gerber, Stefan: Pragmatismus und Kulturkritik. Die politische Kommunikation des deutschen Katholizismus in der Anfangsphase der Weimarer Republik. In: Historische Zeitschrift, 294 (2011), S. 361-390.
- Mittelsdorf, Harald (Hrsg.): 80 Jahre Weimarer Reichsverfassung (1919-1999). Weimar 1999.
- Rößner, Alf (Hrsg.): Demokratie aus Weimar. Die Nationalversammlung 1919. Ausstellung des Stadtmuseums Weimar zur Nationalversammlung. Weimar 2015.
- Schultheiß, Michael / Lasch, Sebastian (Hrsg.): Die Weimarer Verfassung – Wert und Wirkung für die Demokratie. Erfurt 2009.
- Thonfeld, Christoph: Krisenjahre revisited. Die Weimarer Republik und die Klassische Moderne in der gegenwärtigen Forschung. In: Historische Zeitschrift, 302 (2016), S. 390-420.
- Ulbricht, Justus H. (Hrsg.): Weimar 1919. Chancen einer Republik. Köln 2009.

„O WEIMAR! DIR FIEL EIN BESONDER LOS...“

DIE WEIMARER NATIONALVERSAMMLUNG ALS DEMOKRATISCHER ERINNERUNGSORT¹

Heiko Maas

Die Weimarer Nationalversammlung ist ein wichtiges Stück deutscher Demokratiegeschichte. Das möchte ich am Beispiel einer Frau zeigen, die heute weitgehend vergessen ist: Sie hieß Elfriede Ryneck. Ende des 19. Jahrhunderts wurde sie in das deutsche Kaiserreich hineingeboren. Sie wuchs in einfachen Verhältnisse auf. Sie besuchte die Volksschule, anschließend musste sie ihr Geld als Näherin verdienen – bis zur Heirat, dann wurde sie Hausfrau und Mutter. Eine qualifizierte Ausbildung oder gar ein Studium war für Elfriede Ryneck undenkbar. Frauen waren damals an den Universitäten nicht zugelassen. Außerdem konnte sich eine Arbeiterfamilie eine höhere Ausbildung ihrer Kinder schon finanziell gar nicht leisten. An diesen Zuständen etwas zu ändern, war nicht einfach. Schon gar nicht für Frauen. Ihnen wurde nicht nur das Wahlrecht vorenthalten. Frauen war auch die Mitgliedschaft in politischen Parteien verboten. Bis 1908 war ihnen sogar der Besuch politischer Versammlungen untersagt. Die Mutter von Elfriede Ryneck versteckte sich mitunter in Männerkleidung, um an politischen Treffen teilzunehmen. Manchmal wurde sie entdeckt, zweimal wurde sie verurteilt und einmal sogar ins Gefängnis geworfen.

Was für uns heute völlig absurd klingt war die Realität in Deutschland an der Schwelle zum 20. Jahrhundert. Man muss daran erinnern, um zu ermessen, welche gewaltige politische Leistung 1919 in Weimar vollbracht wurde. Die Nationalversammlung war die erste *echte* Volksvertretung in der deutschen Geschichte. Zum ersten Mal konnten auch Frauen das Parlament wählen und ins Parlament gewählt werden. Eine dieser Frauen war Elfriede Ryneck. Sie hatte sich viele Jahre in der Wohlfahrtsarbeit engagiert. 1919 wurde sie im Wahlkreis Potsdam für die SPD in die Nationalversammlung gewählt. Mit dem Frauenwahlrecht war Deutschland vielen anderen Staaten weit voraus. In Großbritannien durften Frauen erst ab 1928 wählen, in Italien und Frankreich sogar erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Mit der Verfassung, die im Weimarer Nationaltheater beschlossen wurde, bekamen Männer und Frauen die gleichen staatsbürgerlichen Rechte. Dies war die Voraussetzung dafür, dass wenige Jahre später die ersten Frauen Richterinnen und Rechtsanwältinnen werden konnten.

Es ist aber nicht nur die Gleichberechtigung, die die Nationalversammlung und ihre Verfassung zu einem Meilenstein der Demokratiegeschichte macht. Ein anderes Beispiel sind die Farben Schwarz-Rot-Gold. Als Symbol der Freiheit und der

1 Der Text ist die geringfügig überarbeitete Fassung einer Rede, die am 22. Oktober 2014 im Deutschen Nationaltheater in Weimar bei einer Veranstaltung des Vereins „Weimarer Republik e.V.“ gehalten wurde.

Demokratie wurden sie lange Zeit unterdrückt. Erst die Nationalversammlung machte diese Farben zum Symbol unseres Staates. In Weimar wurden auch zum ersten Mal drei Verfassungsprinzipien festgeschrieben, die unser Staatsleben bis heute prägen: Die *Republik* wurde geschaffen. Nicht Könige und Fürsten stehen seither an der Spitze Deutschlands, sondern gewählte Repräsentanten. Die *Demokratie* wurde verwirklicht. Die politische Macht liegt seither beim Volk, das durch Wahlen und Abstimmungen regiert. Und der *soziale Rechtsstaat* wurde geschaffen, also ein Rechtsstaat, der auch materielle Gerechtigkeit anstrebt. Was das konkret bedeutet, zeigt sich zum Beispiel in Artikel 146 der Verfassung. Dort heißt es: „Für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung ... seiner Eltern maßgebend.“

Republik, Demokratie und Sozialstaat – diese Grundsätze der Weimarer Verfassung gelten auch heute, und dies zeigt: Die Ideale der Weimarer Nationalversammlung sind keineswegs gescheitert. Ihre Durchsetzung hat länger gedauert und war schmerzvoller, als 1919 erhofft. Seit 1989 aber sind diese Ideale in ganz Deutschland Wirklichkeit und das zeigt: *Sie* sind die Sieger der Geschichte, nicht die Radikalen von Rechts und Links, die die Weimarer Verfassung bekämpft haben.

In Deutschland tun wir uns manchmal schwer damit, jene zu würdigen, die sich früher als andere für Freiheit und Demokratie eingesetzt haben. Die Mainzer Republik, die Revolution von 1848 und auch die Weimarer Nationalversammlung – sie alle hatten es in der Erinnerungskultur lange Zeit nicht einfach. Die DDR verachtete die Weimarer Republik als „bürgerliche Demokratie“. Wer von der „Diktatur des Proletariats“ träumte, der hatte für freie Wahlen und parlamentarische Debatten nur Hohn und Spott übrig. In West-Deutschland wurde die Weimarer Verfassung dagegen auf ein Negativ-Vorbild für das Grundgesetz reduziert. „Bonn ist nicht Weimar“ – das war damals die Devise. Dabei wurde übrigens gern vergessen, dass die Rahmenbedingungen für die Nationalversammlung und die Weimarer Verfassung viel ungünstiger waren, als später für den Parlamentarischen Rat und sein Grundgesetz. Inzwischen wird die Leistung der Weimarer Nationalversammlung in der Wissenschaft gerechter beurteilt. Aber es ist wichtig, dies auch im kollektiven Gedächtnis stärker zu verankern. 2019 jährt sich die Nationalversammlung zum 100. Mal. Solche Jubiläen sind ein guter Anlass, wichtige Ereignisse stärker ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Wir haben das ja 2014 mit dem Ersten Weltkrieg erlebt. Ich würde mir wünschen, dass es 2019 gelingt, die Weimarer Nationalversammlung in das Zentrum der Erinnerung zu rücken. Damit wir das schaffen, sind nach meiner Einschätzung fünf Punkte wichtig:

1. Wir müssen die Leistungen der Nationalversammlung stärker betonen.

Frauenwahlrecht und Gleichberechtigung, Republik, Demokratie und Sozialstaat. Das sind die bleibenden Verdienste der Nationalversammlung und ihrer Verfassung. Das sollte man ruhig auch öfter einmal laut sagen!

2. Wir sollten die positiven Gründe, die 1919 nach Weimar führten, deutlicher benennen.

Die Tagung in Weimar wird häufig als „Flucht aus Berlin“ kleingeredet. Die Entscheidung für Weimar war aber mehr als das. Im Vorfeld der Nationalversammlung herrschte in Süd- und Westdeutschland eine Stimmung „Los-von-Berlin“. Die Entscheidung für Weimar und gegen Berlin war deshalb auch ein Zeichen für die Einheit Deutschlands und gegen die alte Vorherrschaft Preußens.

3. Erinnerung ist niemals Selbstzweck. Sie kann uns auch helfen, die Herausforderungen der Gegenwart besser zu meistern.

Die Nazis konnten die Weimarer Republik auch deshalb zerstören, weil es in Teilen der Bevölkerung an einer demokratischen Kultur gefehlt hat. „Ein garstig Lied! Pfui! Ein politisch Lied.“ So schrieb es Goethe einst im Faust. Diese apolitische Einstellung herrschte vor allem im Bürgertum noch lange Zeit vor. Eine Demokratie braucht aber Demokraten. Wenn bei Wahlen die Beteiligung zum Teil unter 50 Prozent liegt oder Rechtspopulisten Erfolg haben, dann ist das ein Anlass zur Sorge. Wir sollten die Erinnerung an die Nationalversammlung daher auch nutzen, um die demokratische Teilhabe, das bürgerschaftliche Engagement und die Streitkultur zu fördern.

Ein zweiter Aspekt in diesem Zusammenhang: Die Feinde der Weimarer Republik propagierten Hass und Ausgrenzung. Im Innern hetzten sie gegen Demokraten und Juden, nach außen schürten sie die Feindschaft zu Frankreich und Polen. Mit der Erinnerung an die Nationalversammlung könnten wir deshalb auch ein Zeichen setzen – gegen Hass und Ausgrenzung und für Vielfalt und Verständigung. Mit dem „Weimarer Dreieck“, der Deutsch-französisch-polnischen Partnerschaft in Weimar, gibt es dafür schon einen guten Anknüpfungspunkt.

4. Alle politischen Akteure müssen an einem Strang ziehen.

Das Erinnern an die Nationalversammlung ist nicht die Sache einer einzelnen Partei. Es ist eine Aufgabe für alle politischen Richtungen. Natürlich spielten damals viele Sozialdemokraten eine wichtige Rolle. Aber die Akteure aus den anderen Parteien waren nicht weniger wichtig: Der Präsident der Nationalversammlung war Konstantin Fehrenbach, ein Mann des Zentrums, eines Vorläufers der CDU. Den Entwurf der Reichsverfassung hat Hugo Preuß formuliert, ein Liberaler. Auch für die Grünen gibt es Anlass, sich zu erinnern. Im Artikel 150 der Weimarer Verfassung heißt es: „Die Denkmäler ... der Natur sowie die Landschaft genießen den Schutz und die Pflege des Staates.“ Das ist die erste umweltspezifische Verfassungsnorm in der deutschen Geschichte. Die Weimarer Demokratie war auch deshalb schwach, weil es an einem demokratischen Grundkonsens fehlte. Heute haben wir diesen Konsens zwischen den Parteien und ich meine, wir sollten ihn auch bei der Erinnerung beweisen.

5. An einem Strang ziehen sollten auch die Stadt, der Freistaat und der Bund.

Das Bundesjustizministerium hat sich bereits 2009 beim 90. Jubiläum der Weimarer Republik engagiert. Wir haben damals die Sonder-Ausstellung im Stadtmuseum Weimar finanziell gefördert und meine Amtsvorgängerin, Brigitte Zypries, hat in Weimar eine Konferenz zu „Wert und Wirkung der Weimarer Verfassung“ veranstaltet. Wir werden uns auch 2019 wieder gern beteiligen, aber ich sage zugleich: Unser Ministerium hat den kleinsten Haushalt aller Ministerien in Berlin. Unsere Möglichkeiten sind begrenzt.

Geschichtsarbeit ist Teil der Kulturpolitik, deshalb sollte auch das Bundeskanzleramt mit seiner Kulturstaatsministerin einbezogen werden. Außerdem ist die Nationalversammlung ein Vorläufer des Deutschen Bundestages. Auch das Parlament könnte hier aktiv werden.

Wie wäre es, wenn zum 100. Jahrestag der Weimarer Nationalversammlung der Deutsche Bundestag zu einer Festsitzung hier im Nationaltheater tagt? Ich könnte mir das gut vorstellen. Vielleicht lassen sich die Abgeordneten des Bundestages dafür gewinnen.

Elfriede Ryneck hat als Abgeordnete der Nationalversammlung nicht nur den Frauen ihrer Generation zu Wahlrecht und Gleichberechtigung verholfen. Mit ihrem politischen Engagement hat sie auch folgenden Generationen den Weg bereitet. Zum Beispiel ihrer Enkeltochter Jutta. Jutta Limbach, geborene Ryneck, war die erste Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts. Sie war damit die mächtigste Richterin im vereinten Deutschland. Ihr Lebensweg ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Ideen der Nationalversammlung auf lange Sicht erfolgreich waren.

Ich bin sicher, dass die Bedeutung der Nationalversammlung weiter wachsende Anerkennung findet. Die Ausstellungen im Stadtmuseum Weimar und die Aktivitäten des Vereins „Weimarer Republik“ tragen dazu bei und dafür wird hoffentlich auch das große Jubiläum 2019 sorgen. Dass wir auf einem guten Weg sind, zeigt übrigens die neueste Ausgabe eines populären Reiseführers. Der neue Baedeker listet schon auf der Titelseite die vier wichtigsten Themen auf, die jeder über Weimar wissen muss. Sie lauten: Goethe, Buchenwald, Nationalversammlung und Bauhaus. Dies zeigt, dass die Zeiten, in denen die Nationalversammlung nur eine Fußnote Wert war, endgültig vorbei sind. Die Weimarer Nationalversammlung war ein Meilenstein in der Geschichte der deutschen Demokratie. Die Stadt Weimar und das Nationaltheater können stolz darauf sein, dass die erste, deutsche Volksvertretung, die von Männern und Frauen frei gewählt wurde, in ihren Mauern tagte!

REVOLUTION UND REPUBLIK, DEUTSCHLAND UND EUROPA

AUF DEM WEG ZUR REAKTUALISIERUNG DURCH HISTORISIERUNG

Die vergessene Revolution von 1918/19 revisited

Alexander Gallus

1. ZUR EINFÜHRUNG

Es sind manche Anzeichen für ein behutsam zunehmendes Interesse an einer Zeit der Umbrüche am Ende des Ersten Weltkriegs zu erkennen. Die Demokratie als ganz unterschiedlich umworbene Leitidee während der Zwischenkriegszeit findet gesteigerte Aufmerksamkeit wie auch die vergleichende Gewaltgeschichte in jener Phase.¹ Möglicherweise kündigt sich hier eine Trendwende an.

Denn insbesondere mit Blick auf den Systemwechsel in Deutschland 1918/19 zwischen Kaiserreich und Republik entstand im Laufe der vergangenen dreißig Jahre der Eindruck, es mit einer zunehmend „vergessenen Revolution“ zu tun zu haben.² Wenngleich sich Ausnahmen benennen lassen, so stand doch nicht nur die Forschung seitdem im Grunde still, sondern auch der politische Deutungskampf um die „richtige“ Interpretation der deutschen Revolution.

Um davon aber nochmals einen Eindruck zu vermitteln, will ich im Folgenden Deutungskonjunkturen in der alt-bundesdeutschen Historiografie grob skizzieren, bevor ich in punktueller Form drei Gründe dafür anführe, warum die Revolution in den Schatten der Erinnerung wie der Geschichtsschreibung geraten ist. Dann gilt es aber ebenfalls drei Gründe für den aktuellen Wandel dieser misslichen Situation und zur Relativierung der These von der „vergessenen Revolution“ zu nennen. Denn wir erleben eine wenigstens zaghafte Renaissance. Zum Abschluss werde ich *einen* (nicht: *den*) Weg zur Wiederbelebung der Revolution im Zeichen einer konsequent historisierenden Erfahrungsgeschichte aufzeigen. Dies ist kein gänzlich neuer Weg, aber seine Erkundung verdient eine Intensivierung. Dieser Vorschlag für die aktuelle und künftige Geschichtsschreibung der Revolution beruht auf der Grundannahme, dass gerade – so paradox es zunächst klingen mag – eine konsequente Historisierung zu ihrer Reaktualisierung führen kann.

- 1 Siehe als Beispiele: Müller / Tooze (Hrsg.) (2015): Normalität und Fragilität; Gerwarth / Horne (Hrsg.) (2013): Krieg im Frieden; Weinbauer et al. (Hrsg.) (2015): Revolution.
- 2 Gallus (Hrsg.) (2010): Vergessene Revolution.

2. RÜCKBLICK AUF KONTROVERSE GESCHICHTSDEUTUNGEN DER REVOLUTION

Es lässt sich rasch erkennen, dass die Revolution von 1918/19 über viele Jahre hinweg zu jenen Themen gehörte, die erhöhte Aufmerksamkeit fanden und zu kontroversen Stellungnahmen herausforderten, ja bis in die 1980er Jahre hinein „im Brennpunkt des zeitgenössischen Interesses“ stand.³ Die erste entscheidende Wegmarke in der Interpretationsgeschichte, die jüngst Wolfgang Niess nochmals in enzyklopädischer Vollständigkeit nachgezeichnet hat,⁴ setzte der Kieler Historiker Karl Dietrich Erdmann. In seinem Aufsatz „Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft“ formulierte er ein pointiertes Entweder-Oder, das den Hauch des Kalten Krieges atmete: Entweder kooperierten die Sozialdemokraten unter Friedrich Eberts Führung mit den alten Eliten in Bürokratie, Justiz und Militär, um eine parlamentarische Ordnung zu installieren, oder es drohten sich die linksextremen Kräfte durchzusetzen, die in Deutschland ein Räteystem nach sowjetischem Vorbild einführen wollten. In Erdmanns Worten lautete die Alternative: „soziale Revolution im Bündnis mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften“ oder „parlamentarische Republik im Bündnis mit den konservativen Kräften wie dem alten Offizierskorps“⁵. Nach dieser Sicht hatten die Mehrheitsozialdemokraten wenig Handlungsoptionen und erscheint ihr Verhalten ebenso richtig wie zwangsläufig.

Das Bild einer akuten Bolschewismusgefahr,⁶ die im Bündnis mit den alten Kräften abgewehrt werden musste, wandelte sich erst im Laufe der sechziger Jahre, als der Kalte Krieg in eine Phase der Entspannung einmündete und die Historiker neue Quellenbestände erschlossen. Die eingehendsten Einschätzungen zum Charakter der Rätebewegung stammten von Eberhard Kolb und Peter von Oertzen. Sie führten zu einer grundlegenden Revision der bis dahin „herrschenden Lehre“⁷. Auf einem überaus tragfähigen empirischen Fundament wiesen sie nach, dass die Räte nur zu geringen Teilen kommunistisch ausgerichtet und organisiert waren. Sie wirkten vielmehr häufig improvisiert und favorisierten Positionen der Unabhängigen und Mehrheitsozialdemokraten. Insofern boten sie, entgegen Erdmanns These, keinen Nährboden für eine Bolschewisierung Deutschlands. Die Furcht der sozialdemokratischen Führung vor einem kommunistischen Umsturz sei unbegründet,

3 Lehnert (1983): Sozialdemokratie und Novemberrevolution, S. 12.

4 Niess (2013): Deutungen.

5 Erdmann (1955): Problem der Wissenschaft, S. 7. Die Ausführungen stützen sich auf Gallus (2006): Etablierung, S. 133–137. Siehe auch meine neben den Forschungspositionen insbesondere das kontroverse Geschichtsbild innerhalb der bundesdeutschen Sozialdemokratie berücksichtigende Darstellung: Gallus (2010): Vergessene Revolution. Der neueste Forschungsüberblick bei: Stalman (2016): Wiederentdeckung.

6 Siehe dazu Lösche (1967): Bolschewismus.

7 Vgl. Kolb (1962): Arbeiterräte; von Oertzen (1963): Betriebsräte; siehe auch die späteren Arbeiten von Rürup (1968): Probleme der Revolution; Carsten (1973): Revolution in Mitteleuropa; Miller (1978): Bürde; Kluge (1975): Soldatenräte; Kluge (1985): Kapp-Putsch. Neuere auch zur Rätebewegung nach der Hochphase der Arbeiter- und Soldatenräte: Weipert (2015): Rätebewegung.

die Situation grundsätzlich offen gewesen. Vor allem aber ließ die SPD das in den Räten schlummernde Demokratisierungspotenzial ungenutzt. Dieses historische Szenario traf im Verlauf der 1960er Jahre auf ein gewandeltes Meinungsklima, das Räteideen und der Suche nach Alternativen zwischen den großen gesellschaftlich-politischen Systemblöcken bis in die 1970er Jahre hinein eine vermehrte Aufmerksamkeit sichern sollte. Die gewandelte Gesichtssicht beflügelte Ideen eines Dritten Wegs zwischen Kapitalismus und Kommunismus und einer alternativen sozialistischen Demokratie.⁸

Mit der These von der objektiven Schwäche der Linksaußenkräfte während der Revolution 1918/19 war der Vorwurf gegenüber der SPD-Spitze und insbesondere Ebert verbunden, notwendige und mögliche demokratische Reformen unterlassen zu haben. Die Perhorreszierung und Niederhaltung der Rätebewegung seitens der führenden Sozialdemokraten um Ebert, die sich als „Konkursverwalter“ des alten Systems verstanden, habe die weitere politische und gesellschaftliche Modernisierung des Landes gehemmt. Die Deutung der Ereignisse um die Jahreswende 1918/19 firmierte danach unter dem Rubrum „versäumte Chance“ – nämlich die Weimarer Republik in der Entstehungsphase unter Einbeziehung einer „basisdemokratischen“ Volksbewegung nachhaltig zu konsolidieren. Sebastian Haffner ergänzte in seiner 1969 erstmals erschienenen, bis in unsere Tage populärsten Revolutionsdarstellung die „Versäumnis-“ um die (an sich bis in die Revolutionszeit selbst zurückreichende) „Verratsthese“ gegenüber Ebert und den Mehrheitssozialdemokraten und brachte so eine alt-neue Schärfe in die Debatte zurück, die schon bei Erscheinen seines Buches nicht dem State-of-the-Art der Revolutionsforschung entsprach.⁹

Aber auch die wesentlich moderatere neue dominierende Sicht, die insbesondere an Kolb und v. Oertzen anknüpfte, forderte zu Widerspruch heraus. Der große Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel, nach dem der deutsche Politologenverband doch einmal einen Preis benennen sollte, sprach von der Schaffung eines „Rätemythos“¹⁰, und für den Zeithistoriker Horst Möller machte der geringe numerische Anteil linksradikaler Kräfte innerhalb der Räte diese keineswegs irrelevant und von vornherein ungefährlich für den jungen demokratischen Verfassungsstaat. „Der Hinweis auf den Minoritätscharakter dieser Gruppen“, so unterstrich er, „ist kein Argument gegen die Reaktion der mehrheitssozialdemokratischen Führung, zumal Diktaturen gewöhnlich von radikalen Minderheiten errichtet werden.“¹¹ Er betonte auch, dass es sich bei der neuen Orthodoxie im Grunde um eine alte Lehre handelte,

8 Vgl. Allmendinger (2009): Rätebewegung.

9 Haffner (1969): Verratene Revolution; spätere Auflagen erschienen unter dem abwägende Neutralität suggerierenden Titel „Die Deutsche Revolution 1918 / 1919“.

10 Fraenkel (1973): Räte Mythos und soziale Selbstbestimmung. Die gegenwartsbezogene Problemwahrnehmung im Angesicht der Studentenbewegung motivierte Fraenkel zu seiner deutlichen Kritik. Auch ist diese biografisch zu interpretieren und entsprang einer Furcht vor Massenbewegungen, die sich als Ausdruck eines – vermeintlich – einheitlichen Volkswillens verstanden. Vgl. Lanque (2009): Fraenkel und die Räte Demokratie; Wildt (2013): Angst.

11 Möller (1985): Parlamentarismus in Preußen, S. 25 f.; siehe dort überhaupt zur Kritik an den neuen Tendenzen der Revolutionsforschung S. 23–31.

die in Grundzügen bereits der linkssozialistische Historiker Arthur Rosenberg entworfen hatte. Rosenberg habe schon in seiner zuerst 1935 im Exil publizierten „Geschichte der Weimarer Republik“ die Möglichkeit eines Dritten Weges zwischen reformistischen und revolutionären Positionen formuliert.¹²

Die Kritik richtete sich gegen jene Interpretationen, die das demokratische Potenzial der Räte in ein allzu positives Licht rückten: „Rätedemokratie und parlamentarisch-demokratisches System“, hieß es sodann aus einer vorrangig politikwissenschaftlich-systematischen Haltung, „ließen sich wegen der unterschiedlichen Strukturprinzipien nicht miteinander vereinbaren“.¹³ Ein „reines Räte-system“, das unterstrich auch der Historiker Heinrich August Winkler, wäre in einer komplex gegliederten modernen Massengesellschaft „nichts anderes gewesen als die ‚Diktatur des Proletariats‘ – in der Praxis also die Diktatur einer revolutionären Avantgarde über das Proletariat und den Rest der Gesellschaft“.¹⁴

Zudem sei bei der Bewertung der SPD-Führung während der Revolution ein „Anti-Chaos-Reflex“ in Rechnung zu stellen, den der Politikwissenschaftler Richard Löwenthal für alle hochentwickelten Industriegesellschaften, die einen beträchtlichen Grad an administrativer Kontinuität erforderten, reklamierte. Nicht nur die Führer, sondern auch die Anhänger der Sozialdemokratie hätten vor einem radikaleren Vorgehen gegen die alte staatliche Ordnung zurückgeschreckt, weil sie ansonsten chaotische, bürgerkriegsartige Zustände fürchteten.¹⁵ Man kann demnach in der Begrenzung der Revolution auch ein Krisenmanagement mit Augenmaß erkennen.

Es gilt darüber hinaus einen weiteren Gesichtspunkt in Betracht zu ziehen: Obgleich der Bolschewismus nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland kaum Chancen besaß, an die Macht zu gelangen, so sind doch die Ängste im bürgerlichen und sozialdemokratischen Lager vor einer solchen Entwicklung ernst zu nehmen. Nicht nur eine richtige, sondern auch eine falsche Wahrnehmung, dafür hat uns eine „Kulturgeschichte der Politik“ sensibilisiert, kann handlungsleitend wirken und sollte nicht bloß aufgrund der Erkenntnisse nachlebender Historiker über das verschätzte Gefährdungspotenzial mit erhobenem Zeigefinger als illegitim abgetan werden.¹⁶

Anders als in Russland stand in Deutschland, wie wir heute wissen, das schon erreichte Maß an Modernisierung – in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, aber auch in politischer Hinsicht (bei allen Defiziten) – einer noch tiefgreifenderen Umwälzung entgegen. Heinrich August Winkler knüpfte bei seiner Suche nach den tieferen

12 Vgl. Rosenberg (1991): Geschichte der Weimarer Republik; zur biografischen Einordnung siehe Keßler (2003): Rosenberg, insbes. auch S. 191 f.

13 Jesse / Köhler (1978): Forschungsüberblick, S. 21; auch als Reaktion auf deren Ausführungen siehe Rürup (1983): Demokratische Revolution.

14 Winkler (2002): Umstrittener Wendepunkt, S. 37.

15 Vgl. Löwenthal (1979): Sozialdemokratie; Löwenthal (1981): Ausbleiben.

16 Vgl. programmatisch Mergel (2002): Überlegungen; wichtige Einzelstudien aus solcher Perspektive zu Weimar versammeln: Hardtwig (Hrsg.) (2005): Zwischenkriegszeit; Hardtwig (Hrsg.) (2007): Ordnungen; Föllmer / Graf (Hrsg.) (2005): Kritik eines Deutungsmusters; Canning et al. (Hrsg.) (2010): Weimar Publics / Weimar Subjects.

Ursachen für das Ausbleiben einer weiteren Revolutionierung an diese Argumentation an. Schon Eduard Bernstein (auf den sich auch Richard Löwenthal bezog) hatte in seiner zeitgenössischen Revolutionsinterpretation ein ähnliches Argument vorgebracht: „Das Stück Demokratie, das in Reich, Staaten und Gemeinden zur Verwirklichung gelangt war“, heißt es in Bernsteins Darstellung der Revolution aus dem Jahr 1921,

„hatte sich unter dem Einfluss der in die Gesetzgebungs- und Verwaltungskörper eingedrungenen Arbeitervertreter als ein wirkungsvoller Hebel zur Förderung von Gesetzen und Maßnahmen erwiesen, die auf der Linie des Sozialismus liegen, so dass selbst das kaiserliche Deutschland auf diesen Gebieten mit politisch vorgeschritteneren Ländern sich messen konnte.“¹⁷

Anders ausgedrückt: Die neu geschaffene demokratische Republik war nicht mehr das Resultat eines Traditionsbruchs, sondern entsprang einer nicht unbeträchtlichen Kontinuität. Die parlamentarische Demokratie befand sich dieser Lesart zufolge damals „in der Logik der politischen Entwicklung Deutschlands“.¹⁸ Auch in diesem, aus den historischen Voraussetzungen zu erklärenden Ausbleiben eines radikaleren Wandels ist für Winkler ein Grund dafür zu erkennen, „dass die deutsche Revolution nicht zu den großen Revolutionen der Weltgeschichte“¹⁹ zu zählen sei.

Die Attribute für diese Revolution sind überhaupt vielfältig. Weitgehende Einigkeit besteht darüber, sie nicht länger als „Novemberrevolution“ zeitlich eng zu fassen und sie stattdessen als „deutsche Revolution 1918/19“, gelegentlich auch bis zum Ende des Kapp-Putsches und der Ruhraufstände 1920²⁰ oder sogar – wie neuerdings – als weit ausgedehnte „Revolution im Kontext“ von 1916 bis 1923 zu bezeichnen.²¹ Die wenigsten halten sie für einen bloßen Zusammenbruch und sprechen ihr den Charakter der Revolution ab, wie dies beispielsweise Karl Heinrich Pohl vorschlug. In seinen Augen sind damals zu viele „revolutionäre“ Chancen vergeben und die verkrusteten Strukturen des Kaiserreiches nicht beseitigt worden.²² Andere Historiker gehen nicht so weit, selbst wenn sie die Revolution für gescheitert, erfolglos oder zumindest „steckengeblieben“²³ halten. Die letztgenannte Zuschreibung deutet auf eine vermittelnde Position hin, welche die Leistungen der Revolution und das Erreichte ebenso würdigt wie ihre Mängel und Versäumnisse.²⁴ Dabei werden letztere vor allem in der unzureichenden Umschichtung gesellschaftlicher (Macht-)Verhältnisse erkannt, während der Erfolg im grundsätzlich vollzogenen politischen Systemwechsel – von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Demokratie – auszumachen ist.

17 Bernstein: *Deutsche Revolution*, S. 237 f.

18 Winkler (2002): *Ein umstrittener Wendepunkt*, S. 38.

19 Ebd., S. 37.

20 Etwa Mommsen (1978): *Deutsche Revolution*.

21 So Weinbauer et al. (Hrsg.) (2015): *Revolution*.

22 Vgl. Pohl (1991): *Obrigkeitsstaat und Demokratie*.

23 So Kolb (2003): *Die steckengebliebene Revolution*.

24 Eine solche abwägende Haltung nimmt etwa ein: Winkler (1997): *Ort der Revolution*.